

Deutsches Schulamt
Amba-Alagi-Straße 10

39100 BOZEN

**Gesuch um die Gewährung eines bezahlten Bildungsurlaubes im Sinne des dezentralisierten
Landeskollektivvertrages vom 04.08.2005**

Die/Der unterfertigte _____

geb. am _____ geb. in _____

Lehrperson in Vollzeit/Teilzeit (_____ Unterrichtsstunden) mit unbefristetem/befristetem
Arbeitsvertrag

von Unterrichtsbeginn bis Unterrichtsende an der _____(1)

ersucht

um die Gewährung eines bezahlten Bildungsurlaubes im Sinne des dezentralisierten
Landeskollektivvertrages 04.08.2005 für die Teilnahme an folgendem Lehrgang:

Zu diesem Zwecke, erklärt die/der Unterfertigte gemäß D.P.R. Nr. 445/2000 unter persönlicher
Verantwortung und im Kenntnis der strafrechtlichen Folgen gemäß Artikel 483, 495 und 496 des
Strafgesetzbuches im Falle unwahrer oder unvollständigen Angaben: *(Zutreffendes ankreuzen)*

- ☐ Nicht im Besitz eines Doktorats oder eines anderen Abschlussdiploms einer Hochschule oder
Universität zu sein.
- ☐ Im Schuljahr 2009/2010 voraussichtlich _____ Stunden für den Besuch zum Erwerb
obgenannten Studientitels zu beanspruchen.
- ☐ Im Schuljahr 2008/2009 bereits einen Bildungsurlaub für denselben Lehrgang in Anspruch genommen
zu haben.
- ☐ Bis zum 01.09.2009 ein Dienstalster (2) von _____Jahren aufzuweisen.
- ☐ Seit 1995 _____ Jahre Bildungsurlaub genossen zu haben

Anschrift:

.....

.....

Tel. Nr.

.....

(Unterschrift)

1) Schulstufe und – direktion angeben

2) Effektiv geleistete Dienstjahre im Ausmaß von mindestens 180 Tagen

Rechtsinhaber der Daten ist die Autonome Provinz Bozen-Südtirol. Die angegebenen Daten werden von der Landesverwaltung, auch in elektronischer Form, für die Gewährung des Bildungsurlaubes im Sinne des dezentralisierten Landeskollektivvertrags vom 4. August 2005 verarbeitet. Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist der Abteilungsdirektor des Deutschen Schulamtes. Die Daten müssen bereitgestellt werden, um die angeforderten Verwaltungsaufgaben abwickeln zu können. Bei Verweigerung der erforderlichen Daten kann der Antrag nicht bearbeitet werden.

Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller erhält auf Anfrage gemäß Artikel 7-10 des Legislativdekrets Nr. 196/2003 Zugang zu ihren bzw. seinen Daten, Auszüge und Auskunft darüber und kann deren Aktualisierung, Löschung, Anonymisierung oder Sperrung, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, verlangen.